



80/2005

Kiel, 13. Juni 2005

Die 4. Tagung des Landtages: Aktuelle Stunde zur Zukunft der europäischen Integration

Kiel (SHL) – *Zu seiner letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause kommt am Mittwoch um 10:00 Uhr der Schleswig-Holsteinische Landtag zusammen. Zum Auftakt gibt es eine **Aktuelle Stunde**.*

Über zwei Themen mit aktuellem Hintergrund werden die Abgeordneten dabei diskutieren: Zunächst geht es auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD um die **Zukunft des europäischen Integrationsprozesses**. Danach wird auf Antrag der GRÜNEN über den **Stand der Ausschreibungen des Bahnteilnetzes Ost** beraten. Hintergrund ist die Ankündigung von Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU), das Land werde unter Umständen auf eine Ausschreibung der 370 km Bahnstrecken verzichten, wenn dies wirtschaftliche Vorteile für das Land mit sich bringe. Bislang rollen hier Züge der Deutschen Bahn AG (DB). Zu den betroffenen Strecken gehören unter anderem Kiel-Lübeck, Lübeck-Hamburg und Hamburg-Büchen. Abgeordnete von SPD, GRÜNEN und SSW hatten demgegenüber auf einer europaweiten Ausschreibung beharrt. Sie verweisen darauf, dass durch die bisher erfolgten Ausschreibungen jährliche Einsparungen im Landeshaushalt von 20 Millionen Euro erreicht worden seien. Für beide Themen sind je 90 Minuten Debattenzeit angesetzt: Die Gesamtredezeit der Abgeordneten darf 60 Minuten nicht überschreiten. Die Redezeit ist auf fünf Minuten pro Beitrag begrenzt. Hinzu kommt das Zeitkonto der Landesregierung von 30 Minuten – so sieht es die Geschäftsordnung des Landtages vor (§ 32). Insofern ergibt sich eine Beratungszeit von insgesamt drei Stunden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Landtag über einen **Dringlichkeitsantrag des SSW** entscheiden (Drs. 16/134). Darin wird ein **Bericht über die angekündigte Landesförderung für das Science Center in Kiel** gefordert. Sollte der Landtag die Dringlichkeit des Antrages mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen bejahen, wird noch in der laufenden Sitzung über das Thema diskutiert werden. Andernfalls muss es in der nächsten Tagung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hintergrund des SSW-Antrags: In der vergangenen Woche haben das Land

Schleswig-Holstein und die Stadt Kiel nach Regierungsangaben Einigkeit über den Bau und die Finanzierung eines Science Centers in der Landeshauptstadt erzielt: Das rund 23 Millionen Euro teure Projekt soll zu 75 Prozent aus Landesmitteln bezuschusst werden. Dieses Geld will das Wirtschaftsministerium aus dem neuen Schleswig-Holstein-Fonds und aus Mitteln der europäischen Regional- und Sozialfonds nehmen. Der SSW fragt nun nach der künftigen Unterstützung des Landes für die PHÄNOMENTA in Flensburg.

Am **Mittwoch Nachmittag** geht es dann auf Antrag von CDU und SPD um die **Neufassung des Kindertagesstättengesetzes** (Drs. 16/107). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, das Gesetz bis zum 1. August 2005 zu überarbeiten. Dabei soll ein eigenständiger Bildungsauftrag gesetzlich verankert werden. Auch die Mitwirkungsrechte der Elternvertretungen auf Kreis- und Landesebene soll verbindlich geregelt werden. Mit dem Angebot eines berufsbegleitenden Bachelor-Studienganges sollen zudem die Erzieherinnen und Erzieher besser qualifiziert werden. In einem Änderungsantrag ergänzt der SSW die genannten Eckpunkte um die Forderung nach Festschreibung des Landeszuschusses in Höhe von 60 Mio. Euro pro Jahr bis 2010. Außerdem sollen die Standards nicht verringert werden (Drs. 16/129).

Es folgt die Zweite Lesung der **Änderung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR)**. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP, den Staatsvertrag anzunehmen.

Danach geht es um die **Sicherung der Ausbildung in der Altenpflege**. Hierzu haben CDU und SPD einen Antrag vorgelegt (Drs. 16/108), in dem sie eine sichere Finanzierung der Altenpflegesschulen für das Jahr 2006 fordern. Hintergrund ist eine bundesgesetzliche Regelung, wonach ab 1.1.2006 nur noch eine zweijährige Ausbildung von der Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt wird. Das dritte Jahr der Weiterbildungsmaßnahme muss außerhalb der Arbeitsförderung durch den Träger der praktischen Ausbildung übernommen werden. Hierzu zählen auch Weiterbildungskosten, Fahrkosten, Kinderbetreuungskosten, Unterbringungskosten und Verpflegung. Die Länder sollen die Finanzierung der Schulkosten sicherstellen.

Nächstes Thema ist die **Subsidiaritätskontrolle für Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union (EU)**. Hierzu soll die Landesregierung nach dem Willen der Regierungskoalition von CDU und SPD im August einen Bericht abgeben (Drs. 16/110). Damit will der Landtag erreichen, frühzeitig an Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene eingebunden zu sein, wenn dabei ein unmittelbarer Einfluss auf das Land gegeben ist. Ein solches Frühwarnsystem ist in der EU-Verfassung vorgesehen, deren Ratifizierung noch andauert.

Über die **Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark** soll die Landesregierung im September dem Landtag Bericht erstatten. Das fordert der SSW in einem entsprechenden Berichtsantrag (Drs. 16/113). Themen sollen unter anderem die kommunale Zusammenarbeit, die Kooperation der Universitäten in Flensburg und Sonderburg sowie ein Konzept zur Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes sein.

Eine **vorgezogene Schuleingangsprüfung** soll nach dem Willen der GRÜNEN dafür sorgen, dass spätestens ein Jahr vor dem Einschulungstermin fest steht, ob ein Kind Defizite hat und Förderangebote braucht. In einem Landtagsantrag dazu (Drs. 16/124) wird gefordert, diese Vorverlagerung spätestens zum Schuljahr 2007/2008 zu gewährleisten.

Am **Donnerstag, 16. Juni**, geht es zu Beginn auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um die Forderung nach **Senkung der Lohnnebenkosten** (Drs. 16/114). Demnach soll die Landesregierung sich im Bundesrat dafür stark machen, die Lohnnebenkosten zu senken und parallel die Mehrwertsteuer sozialverträglich zu erhöhen. Diese Umfinanzierung soll dafür sorgen, dass die sozialen Sicherungssysteme künftig durch alle Bürgerinnen und Bürger finanziert werden.

Anschließend geht es um die **Ladenöffnungszeiten**. Die FDP fordert in ihrem Antrag dazu die Landesregierung auf, die Länderkompetenz zur Regelung des Ladenschlusses zu beanspruchen. Danach soll die Regierung die Ladenöffnungszeiten völlig frei geben (Drs. 16/104). CDU und SPD wollen ebenfalls erreichen, dass die Bundesländer selbst über die Regelung der Öffnungszeiten entscheiden können (Drs. 16/111). Sie streben dann eine Liberalisierung an, die befristet von 2006 bis 2008 gelten soll. Dies soll über eine Ausweitung der so genannten Bäderregelung geschehen. In 72 Kur- und Badeorten im Lande sollen die Geschäfte künftig vom 1. Januar bis zum 31. Oktober sowie vom 15. bis zum 31. Dezember sonntags öffnen dürfen (bisher: 15. März bis 31. Oktober). Der Verkauf an Sonn- und Feiertagen soll künftig von 11 bis 19 Uhr möglich sein (zurzeit: 11:00 bis 18:30). An Wochentagen sollen die Kassen bis 22:00 Uhr geöffnet bleiben (bisher: 20:30 Uhr). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließlich wollen mit einem Änderungsantrag (Drs. 16/130) erreichen, dass die Liberalisierung genauer definiert wird. Die Ausnahmeregelung soll danach nicht die Supermärkte in der Fläche betreffen, sondern nur für typische Touristengebiete gelten.

Letzter Punkt am Vormittag ist der **2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung** (Drs. 16/43neu). Alle zwei Jahre berichtet der im Sozialministerium angesiedelte Beauftragte Dr. Ulrich Hase dem Parlament über die Arbeit seiner Einrichtung. Der vorgelegte Bericht umfasst den Zeitraum 2003 und 2004. In Schleswig-Holstein leben etwa 225.000 schwerbehinderte Menschen. Für mehr Barrierefreiheit zu sorgen war ein Arbeitsschwerpunkt des Landesbeauftragten. Dieser Tagesordnungspunkt wird von einer Gebärdendolmetscherin übersetzt.

Am **Nachmittag** geht es dann um **Maßnahmen zur Verringerung statistischer Erhebungen in der Landwirtschaft**. CDU und SPD haben dazu einen Antrag vorgelegt (Drs. 16/109). Sie setzen sich dafür ein, die Zahl der statistischen Erhebungen zu reduzieren und möglichst nur auf Datenmaterial zurückzugreifen, das ohnehin bei der Verwaltung vorliegt. Hierdurch soll die Arbeitsbelastung für die Landwirte reduziert werden.

In Erster Lesung wird danach über einen Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten. Damit soll das **Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)** geändert werden (Drs. 16/115). Öffentliche Aufträge des Landes in den Bereichen Bau, Abfallentsorgung und Schienen-Personennahverkehr dürfen in Schleswig-Holstein nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Mitarbeitern den am Ort der Leistungserbringung gültigen Tariflohn zahlen. Dies sieht das so genannte Tariftreuegesetz aus dem Jahr 2003 vor. Die Regelung gilt für Aufträge ab 10.000 Euro. Hierdurch sollen heimische Unternehmen vor Billiganbietern geschützt werden. Die Grünen schlagen dem Landtag nun eine Ausweitung des Gesetzes auf die Forschungsschiffe im öffentlichen Dienst der Länder vor.

Auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berichtet die Landesregierung dem Landtag anschließend über die **Umsetzung der Feinstaub-Richtlinie der EU** in

Schleswig-Holstein (Drs. 16/68). Diese Richtlinie ist seit dem 1. Januar in Kraft und bestimmt zum Schutz der menschlichen Gesundheit einen Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub-Partikel pro Kubikmeter Luft.

Letzter Punkt auf der Tagesordnung ist die **Fragestunde**. Hierzu hat der Abg. Dr. Heiner Garg folgende Frage eingereicht: *„Ist es zutreffend, dass die Landesregierung plant, das Landesblindengeld um mindestens 10 % zu kürzen, den sich aus der Kürzung ergebenden Betrag in einen Fonds einzuzahlen, aus dem Maßnahmen zum Abbau von Barrieren für blinde und sehbehinderte Menschen finanziert werden sollen?“* Gemäß Landtags-Geschäftsordnung (§ 37) können einzelne Abgeordnete im Rahmen einer Plenarsitzung Fragen zur direkten Beantwortung an die Landesregierung richten. Themen sollen die Bereiche Landespolitik und Verwaltung sein. Der zuständige Minister muss mündlich antworten. Anschließend kann der Abgeordnete, der die Fragestunde auf die Tagesordnung gesetzt hat, drei Zusatzfragen stellen. Das Landtagspräsidium kann auch Zusatzfragen weiterer Parlamentarier zulassen, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beantwortung stehen.

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab Dienstag Nachmittag im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

Kiel TV (vormals *Offener Kanal Kiel*) überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 4. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemelde- te Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 15. Juni 2005			
1	Aktuelle Stunde	180	10:00
8	Neufassung Kindertagesstättengesetz	30	15:00
2	Änderung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR)	35	15:30
9	Sicherung der Ausbildung in der Altenpflege	30	16:05
11	Mitwirkung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei der Subsidiaritätskontrolle und dem Frühwarnsystem im Zuge europäischer Gesetzgebungsverfahren	30	16:35
13	Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark	30	17:05
17	Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung	30	17:35
Donnerstag, 16. Juni 2005			
14	Sozial gerechte Reformen: Deutliche Senkung der Lohnnebenkosten	60	10:00
6 u. 12	Weniger Bürokratie. Mehr Beschäftigung - Schluss mit dem Ladenschluss sowie der Antrag: Ladenöffnungszeiten – Bäder- und Fremdenverkehrsregelung	60	11:00
22	2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen	60	12:00
10	Maßnahmen zur Verringerung statistischer Erhebungen in der Landwirtschaft	30	15:00
4	Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen	30	15:30
23	Bericht zur Umsetzung der Feinstaub-Richtlinie der EU	30	16:00
25	Fragestunde	30	16:30

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Bericht- erstattung
5	Wahl der Mitglieder des Gremiums nach dem Landes Anpassungsgesetz	-
7	Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung	-
15	Erste Erfahrungen in Schl.-H. mit dem Emissionshandel (CO ₂ -Zertifikate)	-
16	Struktur der Gerichte in Schleswig-Holstein	-
18	Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung	-
21	Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 20. Febr. 2005	5

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen.

TOP	
3	Änderung der Gemeindeordnung und der Amtsordnung
19	Branchenspezifische Mindestlöhne und Ausweitung des Entsendegesetzes
20	Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängern
24	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenh. für das Jahr 2004